



E3G

**KURZSTUDIE** APRIL 2015<sup>1</sup>

## EFFEKTIVE UND NACHHALTIGE INVESTITIONEN FÜR EUROPAS KLIMA- UND ENERGIEUNION

**LUCA BERGAMASCHI<sup>2</sup>, JONATHAN GAVENTA UND INGRID  
HOLMES**

### ZUSAMMENFASSUNG

- > Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) soll mindestens €315 Mrd. zusätzliche Investitionen in der EU mobilisieren. Es besteht eine echte Chance, nicht nur in kurzfristiges Wachstum, sondern in langfristige Wertschöpfung zu investieren. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Investitionen in nachhaltige Projekte gelenkt werden.
- > Eine europäische Energiewende erfordert beträchtliche Investitionen in neue Energieinfrastruktur. Laut Schätzungen der Europäischen Kommission müssen jährlich €200 Mrd. in Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Stromnetze und andere nachhaltige Technologien investiert werden, damit eine klimafreundliche Energieunion gelingt.
- > Der EFSI ist ein Schlüsselinstrument, um diese Investitionen zu mobilisieren. Sorgfältige Planung ist notwendig, um sicherzustellen, dass der EFSI hochwertige und nachhaltige Projekte fördert. Es sollten keine Projekte unterstützt werden, die den europäischen Klimazielen zuwiderlaufen und daher auch aufgrund sich verändernder Verbrauchsmuster höchst risikobehaftet sind. Hierzu bedarf es eindeutiger Auswahlkriterien, die:
  1. klimapolitisch nicht nachhaltige Projekte ausschließen;
  2. Projekte mit besonderer Bedeutung für die erklärten Ziele der EU priorisieren, eingeschlossen der Ziele der Energieunion;
  3. Projekte fördern, die im Einklang mit den Veränderungen der Energienachfrage und den Energieträgern der Zukunft sind;
  4. sicherstellen, dass Projekte auch wirtschaftlich tragfähig sind, wenn die Klimaauswirkungen mit eingerechnet werden.

<sup>1</sup> E3G – Third Generation Environmentalism ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die an der Entwicklung und Umsetzung integrierter Handlungsoptionen in der Klima- und Energiepolitik arbeitet. E3G hat Büros in London, Brüssel, Berlin und Washington D.C.

<sup>2</sup> Luca Bergamaschi, Researcher, [luca.bergamaschi@e3g.org](mailto:luca.bergamaschi@e3g.org) +44 (0) 20 7593 2024

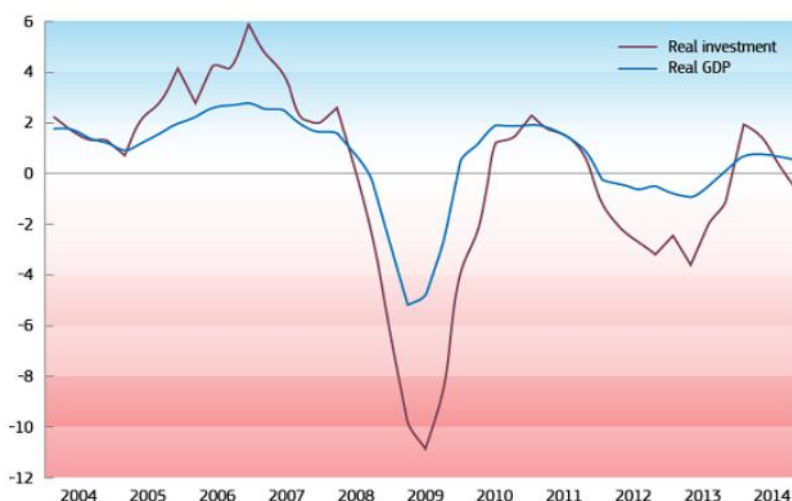


E3G

- > Es sollten zweckgebundene Plattformen für Schwerpunkt-Investitionen geschaffen werden, die verschiedene investitionsquellen zusammenführen können. Diese Schwerpunktbereiche sollten die energieeffiziente Gebäudesanierung, Offshore-Strominfrastruktur in der Nordseeregion, nachhaltige bzw. „smarte“ Stadtentwicklung und klimaresiliente Infrastruktur umfassen.

## EINLEITUNG

Die Europäische Kommission gab im Dezember 2014 die Einrichtung eines Europäischen Investitionsfonds für Strategische Investitionen (EFSI) bekannt, der Investitionen in Höhe von €315 Mrd. in die Realwirtschaft leiten soll. Der Plan soll die schlechte Konjunkturlage in Europa durch einen Investitionsschub deutlich verbessern. Während das Wirtschaftsaufkommen und Verbrauchsniveau im zweiten Quartal 2014 wieder ungefähr auf Vorkrisenniveau gestiegen waren, blieben die Investitionen 15% (€430 Mrd.) unter dem Stand von 2007.<sup>3</sup> In den am stärksten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten lag das Defizit sogar zwischen 25 und mehr als 60%.<sup>4</sup>



Laut einer kürzlich veröffentlichten GD ECFIN-Studie begründet sich die aktuelle Investitionsschwäche auf der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem niedrigen Wirtschaftswachstum in den Nachkrisen Jahren gekoppelt mit einem Deleveraging-Prozess im Privatsektor und bei Haushalten. GD ECFIN stellt abschließend fest, dass „Politikmaßnahmen zur Steigerung der Kapitalbildung in der Eurozone nötig sind. Der Europäische Investitionsplan kann hierbei durch die Erhöhung der Infrastrukturausgaben einen zentralen Beitrag zur Gewährleistung eines nachhaltigen Wiederanstiegs des Investitionsniveaus in den Jahren 2015/2016 leisten.“<sup>5</sup>

<sup>3</sup> DG ECFIN (2015) Why are investment levels in the EU so weak?

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/graphs/2015-03-30\\_why\\_investment\\_low\\_eu\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/graphs/2015-03-30_why_investment_low_eu_en.htm)

<sup>4</sup> Special Task Force (Mitgliedstaaten, Kommission, EIB) on investment in the EU (2014) – **Final Task Force Report**

<sup>5</sup> DG ECFIN (2015) Investment dynamics in the euro area since the crisis

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/qr\\_euro\\_area/2015/pdf/qrea1\\_section\\_4\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/qr_euro_area/2015/pdf/qrea1_section_4_en.pdf) Übersetzung von E3G



E3G

---

Neue Investitionen sind nicht nur notwendig, um die europäische Wirtschaft anzukurbeln. Sie müssen auch getätigt werden, um langfristige Risiken für Sicherheit und Wohlstand in Europa abzufedern. Dazu gehören u.a. der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit, der Klimawandel, die Importabhängigkeit für knappe Rohstoffe sowie stark volatile Energie- und Rohstoffpreise. Insbesondere der Übergang zu einem nachhaltigen Energiesystem setzt laut der Kommission „umfangreiche Investitionen in Stromerzeugung, Netze und Energieeffizienz voraus, die sich Schätzungen zufolge in den nächsten zehn Jahren auf 200 Mrd. EUR jährlich belaufen dürften“.<sup>6</sup>

Das Investitionspaket muss daher sicherstellen, dass solche Wirtschaftssektoren gefördert werden, die die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand bilden. Nicht förderungswürdig sind Industriezweige, denen es an Zukunftsfähigkeit mangelt und die die „Kohlenstoffblase“ vergrößern. Die Energie- und Verkehrsinfrastruktur, die wir in den nächsten Jahren bauen, wird uns noch bis 2050 und darüber hinaus erhalten bleiben. Sie muss also mit einer fast vollständig dekarbonisierten Wirtschaft vereinbar sein, um nicht die europäischen Klimaziele infrage zu stellen. Der EFSI muss daher Investitionen für eine europäische Energiewende mobilisieren, und darf nicht in emissionsintensive Projekte fließen, die mit der Erreichung der europäischen Klimaziele erheblich an Wert verlieren würden<sup>7</sup> und daher höchst risikobehaftet sind. Dieses Papier zeigt, wie der EFSI genutzt werden kann, um den größtmöglichen Mehrwert für Europa – sowohl kurzfristig wie langfristige – zu schaffen.

## EUROPAS ERFOLGSBILANZ

Die derzeitige Realität in der Kreditvergabe und Konjunkturförderung macht deutlich, warum Investitionsprogramme Klima- und Energieziele priorisieren müssen.

Nach der Finanzkrise (2008-2010) wurden weltweit Konjunkturpakete in Höhe von 3.25% des globalen BIP aufgesetzt. Lediglich 23% der zur Verfügung gestellten Mittel flossen in nachhaltige Projekte, und die Bereiche Energieeffizienz, Erneuerbare Energie, Verkehr und Forschung und Entwicklung machten lediglich 8% (\$140 Mrd.) der Gesamtsumme aus. Zum Vergleich: Dies ist weniger als die Hälfte der Mittel, die für den Straßenbau ausgegeben wurden (\$272 Mrd.), so notwendig er vielerorts sein mochte. Desweiteren gab es große nationale Unterschiede in der Mittelzuweisung: In Europa flossen nur in Frankreich und Deutschland mehr als 10% der Gelder in nachhaltige Entwicklung.<sup>8</sup> Insgesamt waren die Stimuluspakete eine verpasste Gelegenheit, denn sie haben die Wirtschaft weder quantitativ noch qualitativ substantiell wachsen lassen. Fünf Jahre später warnt der Internationale Währungsfonds noch immer vor einer fragilen Weltwirtschaftslage.

Auch Europa hat im Bereich öffentliche Investitionen für Infrastruktur eine gemischte Erfolgsbilanz vorzuweisen. Projektbewertungen basieren wiederholt auf unrealistischen Nachfrageszenarios, die die Veränderungen in den Konsummustern gerade im Energie- und Verkehrssektor nicht berücksichtigen.

Der Europäische Rechnungshof hat in diesem Zusammenhang erst vor Kurzem kritisiert, dass nur die Hälfte der 20 zwischen 2000-2013 von der EU finanzierten Flughäfen in Estland,

---

<sup>6</sup> European Commission (2015) **Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie**

<sup>7</sup> Sie würden so zu sog. *stranded assets* werden.

<sup>8</sup> E3G (2009), **Delivering a Sustainable Low-carbon Recovery**



E3G

---

Griechenland, Italien, Polen und Spanien tatsächlich EU-Förderung benötigt hätten. Desweiteren waren viele dieser Flughäfen nach ihrer Fertigstellen nicht ausgelastet.<sup>9</sup>

Problematisch ist auch, dass von der EU geförderte Projekte im Energiesektor anhand von unrealistischen Annahmen über die zukünftige Nachfrageentwicklung bewertet werden. So liegt der für die Projektevaluation in der Connecting Europe Facility angenommene Gasbedarf beispielsweise um mehr als 70% über dem Wert, den die Kommission bei Erreichung der Energieeffizienzziele in der EU prognostiziert. Eine solche Vorgehensweise fördert den Bau von Gas-Pipelines und LNG-Terminals, die angesichts des sinkenden Gasbedarfs in der EU weder voll auslastbar und noch amortisierungsfähig sein werden.<sup>10</sup>

Die Investitionsoffensive des EFSI darf daher nicht „nur“ Wachstum und Beschäftigung fördern sondern muss langfristig nachhaltiges Wachstum generieren. Wachstum um jeden Preis ist gerade angesichts der enormen ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen Europas keine Alternative. Der EFSI muss daher die gezielte Auswahl von nachhaltigen Projekten mit gesellschaftlichem Mehrwert gewährleisten, denn nur dies führt zu einem nachhaltigen Aufschwung der Wirtschaft.

## DIE PROJEKTPipeline

Die EU-Mitgliedstaaten haben bisher insgesamt 2028 Projekte mit einem Gesamtwert von €1.409 Mrd. eingereicht. Weitere Projekte wurden von der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB) vorgeschlagen. In Zukunft kann auch der Privatsektor Projekte einreichen.

Eine Auswertung der von den Mitgliedstaaten eingereichten Projekte verdeutlicht die Tragweite der anstehenden Entscheidungen über die Funktionsweise des EFSI:

- > **Die Projektliste beinhaltet bereits jetzt eine gut gefüllte Pipeline von nachhaltigen Projekten**, z.B. in den Bereichen erneuerbare Energien und umweltfreundlicher Verkehr. Eine Verwendung der EFSI-Mittel für emissionsintensive Projekte wäre damit gänzlich unbegründet. Insgesamt haben die EU-Mitgliedstaaten nachhaltige Projekte im Wert von €624 Mrd. eingereicht, was fast dem doppelten Investitionsvolumen des EFSI entspricht. Von dieser Gesamtzahl sind Projekte im Wert von €222 Mrd. bis 2017 umsetzungsfähig – von den CO<sub>2</sub>-intensiven Projekten sind nur halb so viele in diesem Zeitrahmen umsetzbar.
- > **Viele der vorgeschlagenen Projekte sind mit einer europäischen Energiewende unvereinbar**, denn sie sind vor dem Hintergrund ungesicherter zukünftiger Nachfrage nicht nur als risikobehaftet einzustufen sondern haben auch geringen gesellschaftlichen Nutzen. 20% der Projektpipeline besteht aus emissionsintensiven Projekten; bei weiteren 6% handelt es sich um nuklear Projekte. Viele dieser Projekte tragen das Risiko einer massiven Abwertung, wenn die Energienachfrage sinkt und sich die Klimapolitik weiterentwickelt. Die Mitgliedstaaten haben beispielsweise Gas- und Ölprojekte im Wert von €26 Mrd. eingereicht, obwohl der Gasverbrauch in der EU in den letzten 10 Jahren um 9% gesunken ist und ein weiterer Rückgang zu erwarten ist. Zudem machen emissionsintensive Verkehrsinfrastrukturen, d.h. vor allem Straßen und Flughäfen, 75%

---

<sup>9</sup> Europäischer Rechnungshof (2014) **Bei EU-finanzierten Flughäfen wird ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis erreicht**

<sup>10</sup> E3G (2014) **Energy Security and the Connecting Europe Facility**.



E3G

---

der vorgeschlagenen emissionsintensiven Projekte aus. Dabei ist die Nachfrage im Personenverkehr in den letzten 10 Jahren stagniert.<sup>11</sup> Es besteht daher das Risiko, dass unnötige und teure Überkapazitäten im europäischen Verkehrssystem geschaffen werden. Zudem ist die zu erwartende finanzielle Hebelwirkung von Straßen- und Flughafenprojekten typischerweise gering. Diese Kategorie von Projekten würde den größten Batzen öffentlicher Gelder benötigen (über €200 Mrd.), ohne unbedingt von hohem gesellschaftlichen Nutzen zu sein.

- > **Es bestehen erhebliche Lücken in der Projektpipeline, insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und Stromnetze.** Nur bei 5% (€75 Mrd.) der vorgelegten Projekte handelt es sich um Energieeffizienzmaßnahmen, *Smart Cities* oder *Demand Side Management*. Lediglich 3% (€39 Mrd.) der Projekte betreffen Stromnetze. Dabei hatte die Europäische Kommission bei Ankündigung des Investitionsplans Stromnetze und Energieeffizienz als Investitionsschwerpunkte angeführt. Zusätzliche Anstrengungen werden nötig sein, um eine gut gefüllte Projektpipeline in diesen Bereichen zu gewährleisten.

Während **Deutschland** überwiegend nachhaltige Projekte eingereicht hat, wurde emissionsintensiver Verkehrsinfrastruktur die zweithöchste Priorität nach IT-Projekten eingeräumt. €15,9 Mrd. oder 18% der beantragten Gesamtsumme möchte Deutschland für Projekte wie Flughäfen und Straßen ausgeben. Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, wie z.B. der Schienenverkehr, macht unterdessen nur 4% (€3,8 Mrd.) der Gesamtsumme aus. €9,1 Mrd. sind an Investitionen in erneuerbare Energien und €5,2 Mrd. in Stromnetze vorgesehen, aber **es wurde kein einziges Energieeffizienzprojekt vorgeschlagen**. Ein Terminal für Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG) soll für €1Mrd. gebaut werden, obwohl der Gasverbrauch in Deutschland in den letzten 10 Jahren um 15% gesunken ist.<sup>12</sup>

Mit solchen Vorschlägen wird die Bundesregierung kaum eine Vorreiterrolle in der EU in der Energie- und Klimapolitik beanspruchen können. Die Glaubwürdigkeit der Energiewende steht auf dem Spiel, wenn Deutschland auf EU-Ebene nicht mit gutem Beispiel vorangeht und sich für Infrastrukturprojekte einsetzt, die nachhaltig sind, die sowohl Energieeffizienz als auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei den erneuerbaren Energien fördern und die so die europäische Energiewende vorantreiben.

---

<sup>11</sup> EEA (2014) **Passenger transport demand assessment**

<sup>12</sup> BDEW (2014) **Strom- und Gasverbrauch rückläufig**, AG Energiebilanzen (2014) **Auswertungstabellen 1990 - 2013**



E3G

Abbildung 1: EFSI-Projektliste der Mitgliedstaaten

Gesamtinvestitionen (EU)

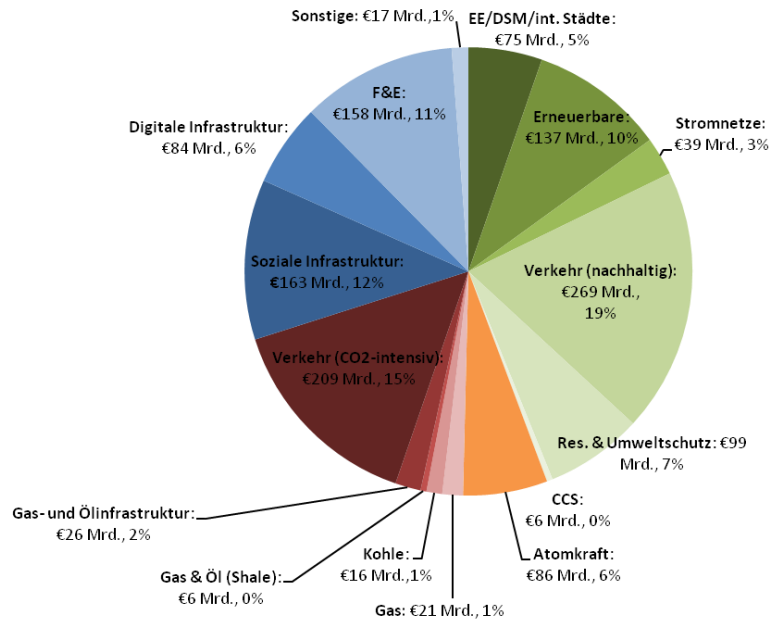
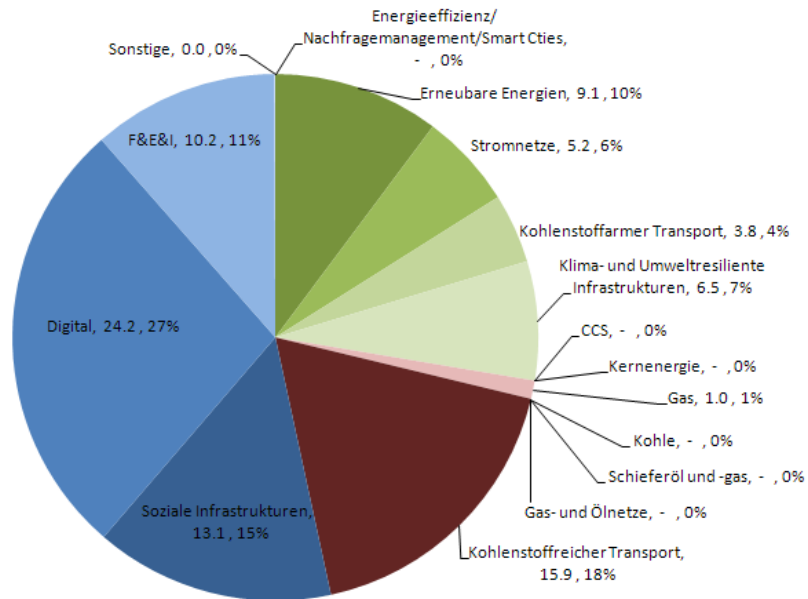


Abbildung 2: EFSI-Projektliste Deutschlands

Gesamtinvestitionen nach Sektoren (Mrd EUR)





E3G

---

## FUNKTIONSWEISE DES EFSI

Der EFSI bündelt Mittel aus dem EU Budget (vorwiegend aus Horizon 2020 und der Connecting Europe Facility) mit Geldern der EIB und der nationalen Investitionsbanken – die KfW hat beispielsweise €8 Mrd. zugesagt. Der so gebildete Fonds von €21 Mrd. fungiert als Garantie, um Investitionen aus dem Privatsektor abzusichern. Die erwartete Leverage Ratio ist hierbei 1:15, was einem Investitionsvolumen von insgesamt €315 Mrd. entspricht.

**Bislang hat die Europäische Kommission keinen Legislativvorschlag zur Zweckbindung der Gelder vorgelegt.** Stattdessen hat der Vize-Präsident der EU-Kommission, Jyrki Katainen, angekündigt, dass die zu fördernden Projekte nach Qualitätsgesichtspunkten ausgewählt werden würden. Um eine Mittelvergabe nach Qualitätsaspekten zu ermöglichen, wird das EFSI Steering Board, bestehend aus der Europäischen Kommission, der EIB und anderen Geberinstitutionen, eine Reihe von Richtlinien für die Kreditvergabe entwickeln.

Die vorgeschlagene EFSI-Verordnung, die vom EU-Rat für Wirtschaft und Finanzen am 10. März 2015 verabschiedet wurde,<sup>13</sup> legt fest, dass der EFSI nur Projekte unterstützen darf, die:

- > mit der Unionspolitik vereinbar sind,
- > wirtschaftlich lebensfähig und technisch durchführbar sind,
- > Komplementarität bieten,
- > – soweit möglich – die Mobilisierung von Kapital des privaten Sektors bis zum Höchstmaß steigern.

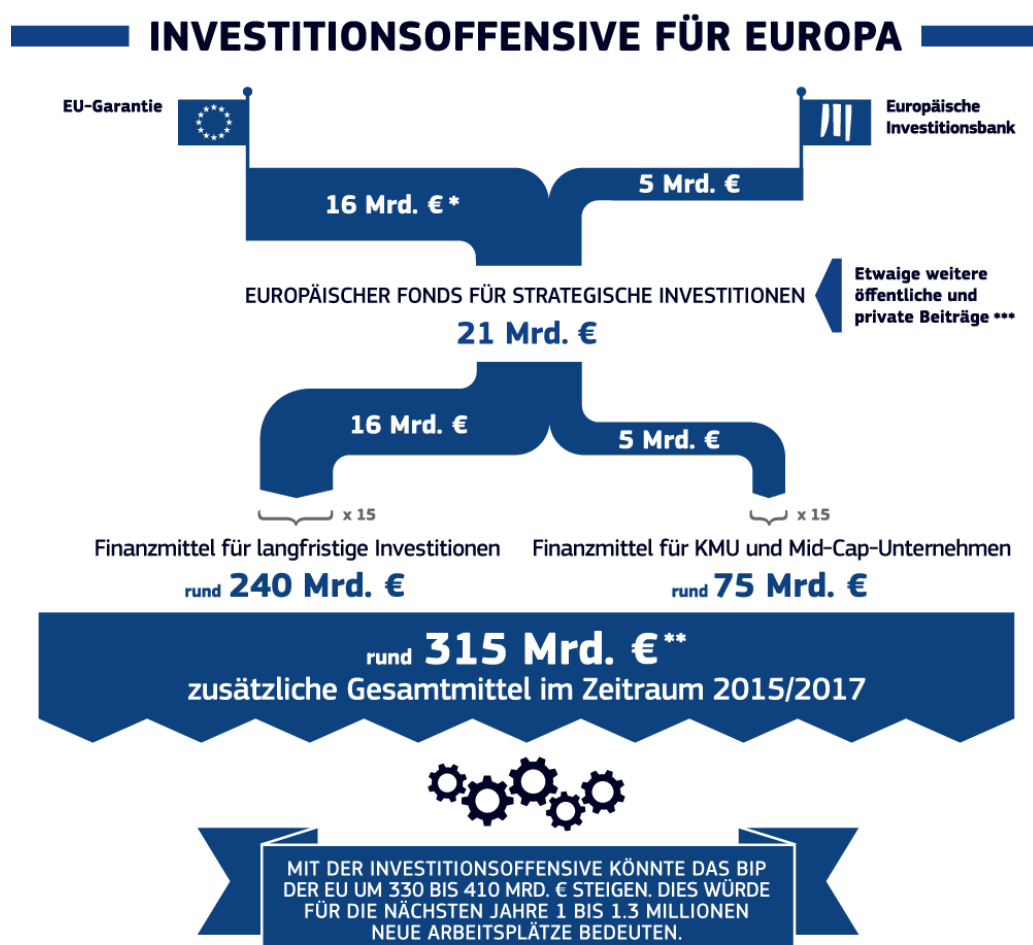
---

<sup>13</sup> ECOFIN (2015) **Investitionsoffensive für Europa**



E3G

Abbildung 3: Struktur und Funktionsweise des EFSI<sup>14</sup>



\*50 % Garantie = 8 Mrd. € aus der Infrastrukturfazilität Europe (3,3), Horizon 2020 (2,7) und Haushaltsmarge (2).

\*\* Abzüglich der als Garantie verwendeten anfänglichen EU-Beiträge: 307 Mrd. €.

\*\*\* Bei der Prüfung der öffentlichen Finanzen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird die Kommission derartige Kapitalbeiträge zum Fonds positiv beurteilen.

## PROJEKTAUSWAHL

Die Definition von Auswahlkriterien darf nicht als rein technische Angelegenheit betrachtet werden. Denn die konkrete Ausgestaltung der Kriterien wird maßgeblich Einfluss darauf haben, ob die EFSI-Mittel in nachhaltige oder in emissionsintensive Projekte fließen. Die genaue Ausformulierung der Kriterien hat daher nicht zuletzt politischen Charakter. Im Folgenden werden konkrete Vorschläge zur Operationalisierung der EFSI-Kriterien gemacht.

### 1. Vereinbarkeit geförderter Projekte mit geltender EU-Politik

Die Vereinbarkeit mit den Klima- und Energiezielen der EU muss eine klare Voraussetzung für die EFSI-Förderung sein. Dies muss sich sowohl in der individuellen Projektauswahl als auch in der übergreifenden Zusammensetzung des Projektportfolios widerspiegeln. Folgende Auswahlkriterien können dies gewährleisten:

<sup>14</sup> Abbildung aus der [EFSI-Website](#) der Europäischen Kommission entnommen





E3G

---

> **Ein Screening auf der Basis von Ausschlusskriterien, um eindeutige Widersprüche zu EU-Klimazielen zu verhindern**

Solche Projekte, die den EU-Klimazielen nachweislich zuwiderlaufen, müssen explizit von der EFSI-Förderung ausgeschlossen werden. Die EIB wendet in der Kreditvergabe für fossile Kraftwerke beispielsweise einen Emissionsstandard (EPS) von 550 gCO<sub>2</sub>/kWh an.<sup>15</sup> Dies schließt Braun- und Steinkohleverstromung ohne Mitverbrennung von Biomasse oder Kohlenstoffabscheidung und –speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) aus. Es hat jedoch keine Auswirkungen auf die Stromerzeugung aus Erdgas. Der EIB-Emissionsstandard wurde anhand der projizierten Emissionsentwicklung unter dem europäischen Emissionshandelssystem (ETS) berechnet, der auf eine 70%-ige Treibhausgasreduktion bis 2050 im Vergleich zu 1990 abzielt. Der Europäische Rat hat jedoch einer Emissionsreduktion von mindestens 40% bis 2030 zugestimmt und sich wiederholt zur Einhaltung eines Reduktionsziels von 89-95% bis 2050 verpflichtet. Dies setzt eine nahezu emissionsfreie Stromerzeugung bis 2050 voraus. Um die Vereinbarkeit mit den Klimazielen der EU herzustellen, ist somit ein strengerer EPS in Höhe von maximal 350 gCO<sub>2</sub>/kWh vonnöten.<sup>16</sup>

> **Zweckbindung für Investitionen in kritischen Bereichen**

Bisher ist im EFSI keine Zweckbindung vorgesehen. Laut der jüngst veröffentlichten Kommunikation der Europäischen Kommission zur Energie-Union wird ein beträchtlicher Investitionsschub von geschätzten €200 Mrd. jährlich bis 2020 zur Erreichung der europäischen Klima- und Energieziele nötig sein. Allein die Rate der energetischen Gebäudesanierung müsste sich verfünffachen, um die 2030-Ziele zu erreichen.<sup>17</sup> In der Projektliste der Mitgliedstaaten wird Energieeffizienz jedoch vernachlässigt. Nur 5% der Projektpipeline besteht aus Energieeffizienz-Projekten. Es gibt zwar Initiativen zur technischen Unterstützung bei der Erstellung von Projektanträgen, aber eine glaubwürdige und effektive Projektpipeline für Energieeffizienz lässt sich nicht von heute auf morgen erstellen. Es besteht also die Gefahr, dass die EFSI-Mittel vergeben sein könnten, bis eine ausreichende Anzahl von Energieeffizienzprojekten planungsreif ist.

Daher ist eine Zweckbindung von Mitteln für den Bereich Energieeffizienz notwendig – nur so kann sichergestellt werden, dass genügend Gelder für Energieeffizienzprojekte verfügbar bleiben. Claude Turmes, MdEP, fordert in diesem Zusammenhang die Schaffung eines €50 Mrd. EFSI-Teilfonds für Energieeffizienz.<sup>18</sup> Die Berichterstatterin des Industrieausschusses des Europäischen Parlaments, Kathleen Van Brempt, schlägt vor, **20% der verfügbaren Bürgschaften für Energieeffizienzprojekte zu reservieren.**<sup>19</sup>

---

<sup>15</sup> EIB (2013) **Die EIB im Energiesektor: Wachstum, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit - Die Auswahl- und Beurteilungskriterien der EIB für Energieprojekte**

<sup>16</sup> CER and E3G (2013) **Briefing on the EIB's new screening and assessment criteria for energy projects.**

<sup>17</sup> EFIG (2015) **Energy efficiency - the first fuel for the EU economy: how to drive new finance for energy efficiency investments.**

<sup>18</sup> Turmes, Claude (2015) **Investment plan: putting efficiency first.**

<sup>19</sup> ITRE Committee (2015) **Draft opinion on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on the EFSI and amending Regulations**

---

## 2. Projekte sollten wirtschaftlich tragfähig und technisch durchführbar sein

Wirtschaftliche und technische Machbarkeitsstudien müssen sicherstellen, dass sich Projekte über ihre gesamte Lebensdauer rechnen. Dazu braucht es Nachfrageprognosen, die mit den europäischen Klima- und Energiezielen vereinbar sind. Die wirtschaftliche Nutzungsdauer von Verkehrs- und Energieinfrastruktur beträgt in der Regel 30 bis 50 Jahre. Die Projekte, die der EFSI jetzt fördert, werden also auch dann noch in Betrieb sein, wenn Europa längst auf dem Weg zu einer nahezu CO<sub>2</sub>-freien Wirtschaft ist.

Die Vereinbarkeit mit den übergeordneten Klima- und Energiezielen der EU kann nur gewährleistet werden, **wenn jedes Projekt einer szenariobasierten Planung unterworfen wird**. Hierbei sind insbesondere folgende Kriterien heranzuziehen:

> **EFSI-Projekte müssen auch unter veränderten Nachfragemustern im Zuge der Dekarbonisierung tragfähig sein**

EFSI-Projekte müssen einen realen wirtschaftlichen Mehrwert schaffen. Sie müssen daher über ihre gesamte Lebensdauer hinweg wirtschaftlich tragfähig sind – auch wenn der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft in Europa bis 2050 weitgehend abgeschlossen sein wird. Infrastrukturprojekte müssen daher auf die sukzessive Reduzierung von Treibhausgasemissionen abgestimmt sein. Ansonsten droht ein akuter Wertverlust bzw. eine verfrühte Stilllegung der Projekte (*asset stranding*).

**Um das Risiko des *asset strandings* abzuschätzen, muss der voraussichtliche wirtschaftliche und soziale Nutzen von EFSI-Projekten auf der Grundlage verschiedener kurz-, mittel- und langfristiger Nachfrageszenarien überprüft werden. Die Vereinbarkeit mit den Zielen der EU im Klimaschutz, bei den erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz bis 2030 bzw. 2050 ist dabei miteinzubeziehen.** Projekte, die dieser Überprüfung nicht standhalten, sollten nicht in den EFSI einbezogen werden, denn die würde schlicht einer Verschwendung öffentlicher Mittel gleichkommen.

> **EFSI-Projekte müssen Preisschwankungen von fossilen Energieträgern standhalten**

Öl- und Rohstoffpreise haben in den letzten Jahren eine außerordentliche Preisvolatilität an den Tag gelegt. Brent-Rohöl wird beispielsweise momentan bei knapp über \$50 gehandelt, während der Preis in den Jahren 2009 bis 2014 noch über \$100 lag. Bei der Projektbewertung dürfen daher keine stabile Preise für Öl und andere Rohstoffe angenommen werden, denn dies wird einer Vielzahl von wirtschaftlichen Risiken nicht gerecht. **Potentielle EFSI-Projekte müssen daher auf ihre Resilienz gegenüber stark volatilen Öl- und Rohstoffpreisen geprüft werden (z.B. eine Ölpreisspanne von \$50-200).** Nur so lässt sich sicherstellen, dass die geförderten Projekte zukünftigen Preisschocks standhalten können.

> **Klimakosten müssen in die Projektevaluation eingerechnet werden**

Negative Externalitäten durch den Ausstoß von Treibhausgasen müssen direkt in die ökonomische Bewertung eines Projektes einfließen. Der europäische Emissionshandel kann dies derzeit nicht leisten. Eine suboptimale Ausgestaltung des ETS und großzügige

---

Zugeständnisse an Lobbyisten haben zu einem strukturellen Zertifikatsüberschuss geführt, der die Preiswirkung des Instruments außer Kraft setzt.<sup>20</sup>

**Aus diesem Grund muss eine Schätzung der gesamtgesellschaftlichen Kosten von Emissionen (social cost of carbon, SCC) direkt in die Projektbewertung eingerechnet werden.** Die EIB legt in ihrer Projektvergabe beispielsweise einen Preis von €30 pro emittierter Tonne CO<sub>2</sub> an. Dieser Preis steigt zwischen 2015 und 2030 um €1 pro Jahr, so dass eine Tonne CO<sub>2</sub> im Jahr 2030 mit €45 berechnet werden wird.<sup>21</sup> Selbst wenn eine solche Bepreisung von CO<sub>2</sub> den tatsächlichen Kosten des Klimawandels nicht gerecht werden kann, bietet dieses Modell auch für den EFSI einen guten Ausgangspunkt.

### 3. EFSI-Projekte müssen Zusätzlichkeit sicherstellen

Nach der vorgeschlagenen EFSI-Verordnung ist die Zusätzlichkeit (*additionality*) eines Projekts dann gegeben, wenn es einerseits Marktversagen und andererseits Mangel an Investitionen ausgleicht sowie wenn es nicht durch bestehende EIB- oder EU-Instrumente förderfähig ist.<sup>22</sup>

Das Zusätzlichkeitskriterium bedeutet, dass der EFSI Investitionen in Bereiche lenken muss, in denen aufgrund von Marktversagen nicht genügend Investitionen stattfinden. Diese Art von Marktversagen ist in mehreren kohlenstoffarmen Wirtschaftssektoren zu beobachten:

- > Bei der energetischen Sanierung von Mietgebäuden sind die Begünstigten oft die Mieter und nicht die Eigentümer. Dies senkt vielfach den Investitionsanreiz für Immobilienbesitzer, denn die gesamte Bandbreite von Effizienzgewinnen kann im Mietverhältnis kaum abgebildet werden.<sup>23</sup>
- > Der Ausbau von Stromnetzen über Landesgrenzen hinweg muss oft hohe bürokratische Hürden überwinden und geht mit hohen Transaktionskosten einher.<sup>24</sup>
- > Die Finanzierungskosten für erneuerbare Energien sind aufgrund unterschiedlicher nationaler Förderregelungen und regulatorischer Rahmenbedingungen stark standortabhängig.<sup>25</sup>
- > Für innovative Technologien, Produkte und Dienstleistungen ist der Zugang zu Risikokapital für Demovorhaben oder für die Markteinführung häufig erschwert, weil die Nachfrage sowie die Bewährung in der Praxis oft nur schwer abzuschätzen sind.

---

<sup>20</sup> Öko-Institut studie (JS)

<sup>21</sup> Die Methodologie ist hier beschrieben: <http://www.eib.org/infocentre/publications/all/economic-appraisal-of-investment-projects.htm>. Dieser Ansatz wird seit 2010 auch von der amerikanischen Environmental Protection Agency verwendet, um Kosten und Nutzen von Regulierung abzuschätzen.

<sup>22</sup> ECOFIN (2015) **Investment Plan for Europe**

<sup>23</sup> IEA (2014) **Capturing the multiple benefits of energy efficiency**

<sup>24</sup> ENTSO-E (2013) **Incentivising European Investments in Transmission Networks**

<sup>25</sup> Agora Energiewende (2015) **Current and future costs for photovoltaics**

---

#### 4. EFSI-Projekte müssen möglichst zur maximalen Mobilisierung von privatem Kapital führen

Der EFSI bietet eine große Chance, bislang nicht voll ausgeschöpfte Mittel aus den Kapitalmärkten – insbesondere von institutionellen Anlegern wie Versicherungen und Rentenfonds – in nachhaltige Projekte zu leiten. Klimafreundliche Projekte in den Bereichen Energie, Verkehr und Gebäude haben hierbei ein besonders großes Mobilisierungspotential: In einigen Fällen können bis zu 85% der benötigten Investitionen vom Privatsektor gestellt werden.<sup>26</sup> Eine ausreichende Beteiligung der Kapitalmärkte wird es allerdings nur dann geben, wenn ein geeignetes Investitionsumfeld existiert bzw. wenn ausreichend öffentliche Garantien bestehen.<sup>27</sup>

Bei der Anwendung dieses Kriteriums ist jedoch Vorsicht geboten. Es sollte keine spezifische Privatkapitalquote pro Projekt angelegt werden. Viele Projekte von besonderer gesellschaftlicher und strategischer Bedeutung (z.B. im Bereich Energieeffizienz oder beim North Seas Grid – siehe Fallstudie ab S. 14) sind oft für den Privatsektor wenig attraktiv und benötigen daher einen hohen Anteil öffentlicher Mittel, um private Kofinanzierung zu generieren. Herkömmliche Investitionen in den Bereichen Energieerzeugung oder Straßenbau kommen dagegen mit einem geringeren Anteil aus. Dieses Kriterium der maximalen Mobilisierung von privatem Kapital sollte daher auf die gesamte Projektpipeline des EFSI angewendet werden. Eine niedrige finanzielle Hebelwirkung eines Projekts sollte nicht automatisch zu dessen Ausschluss führen.

### INVESTITIONSPLATTFORMEN

Die Evaluationskriterien für EFSI-Projekte müssen über die Vereinbarkeit mit den europäischen Klima- und Energiezielen hinaus gehen: Eine gezielte Investitionsförderung in strategischen Kernbereichen ist eindeutig notwendig. Dies betrifft vor allem die energetische Gebäudesanierung, großangelegte Infrastruktur für die Integration von erneuerbare Energien, Stromnetze und andere Energieinfrastruktur, Smart Cities sowie auch klimaresiliente Infrastruktur.

Der Entwurf der EFSI-Verordnung (einschließlich der Änderungen de ECOFIN-Rats) sieht die Schaffung von Investitionsplattformen zur Förderung grenzübergreifender Projekte und zur Bündelung ähnlich gestalteter Projekte vor:

*In order to reach the target of EUR 315 billion within the shortest possible time, national promotional banks or institutions and **investment platforms and funds**, with support of the EFSI guarantee, should play a prominent role in identifying viable projects, developing and, where appropriate, bundling projects, and attracting potential investors. In that context, it should be possible to establish **multi-country platforms** to promote **cross-border projects** or **a group of projects across Member States**.<sup>28</sup>*

---

<sup>26</sup> Institutional Investors Group on Climate Change (2014) **Shifting Private Capital to Low-carbon Investment**

<sup>27</sup> E3G (2012) **Financing the decarbonisation of European infrastructure**

<sup>28</sup> ECOFIN (2015) **Investment Plan for Europe**



E3G

---

Die Einrichtung von solchen zweckgebundenen Investitionsplattformen wird die Sichtbarkeit von Projekten in diesen Bereichen erhöhen und potentielle Investoren anziehen, was zu niedrigeren Kapitalkosten beitragen kann. Im folgenden werden einige Schlüsselbereiche vorgestellt, in denen prioritär Investitionsplattformen eingerichtet werden sollten.

### Energetische Gebäudesanierung

Die Bereiche Gebäudesanierung und Energieeffizienz sind besonders vielversprechende Optionen für die Schaffung einer Investitionsplattform. Schätzungen zufolge könnte die EU durch die volle Ausschöpfung aller kosteneffizienter Energieeinsparpotentiale insgesamt €1-2 Billionen sparen und die Abhängigkeit von russischem Erdgas um 80% verringern.<sup>29</sup>

Insbesondere für die Bundesregierung sollte die Verringerung der Abhängigkeit von teuren Energieimporten durch die energetische Gebäudesanierung höchste Priorität haben. Über 70% des Energieverbrauchs in deutschen Haushalten fällt im Wärmebereich an: 19 Millionen aller Gebäude bzw. die Hälfte aller Haushalte heizen mit Erdgas, 12 Millionen mit Heizöl.<sup>30</sup>

Schätzungen zufolge müssen bei der energetischen Gebäudesanierung bis 2030 jährlich ca. €70 Mrd. mobilisiert werden.<sup>31</sup> Daher sind verstärkte Anstrengungen nötig, um eine gut gefüllte Projektpipeline bereitzustellen. Wie die Energy Efficiency Financial Institution Group, zu deren Mitgliedern Europas führende Finanzinstitute gehören, vor Kurzem feststellte, sind nicht mangelnde Finanzierungsangebote sondern primär eine mangelnde Nachfrage nach Krediten dafür verantwortlich, dass die Energieeffizienz weit hinter ihrem Potential zurück bleibt.<sup>32</sup> Zudem unterstreicht der Bericht, dass ein ungekanntes Maß an Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Akteuren im Gebäudesektor notwendig sein wird, um die notwendigen Mittel zu mobilisieren.<sup>33</sup>

Es gibt einige groß angelegte Initiativen in diesem Bereich, zum Beispiel das mehrere Milliarden Euro umfassende *Energiesprong* Projekt zur Förderung von energieeffizienten Sozialwohnungen der niederländischen Regierung.<sup>34</sup> Auch der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) der Bundesregierung gehört dazu.<sup>35</sup> Solche Vorhaben sind allerdings noch längst nicht die Norm. Länderübergreifende Investitionsplattformen in diesem Bereich können hier Bewegung in den Markt bringen. Es ist zu hoffen, dass der geplante European Investment Advisory Hub neue Kapazitäten in diesem Bereich schaffen kann, indem er insbesondere Städten und Regionen dabei unterstützt, kreditwürdige Projekte zu konzipieren.<sup>36</sup> Dringend notwendige Investitionsplattformen sind zum Beispiel:

---

<sup>29</sup> E3G (2014), **Energy efficiency as Europe's first response to energy security**

<sup>30</sup> E3G (2013) **Why energy efficiency needs to have priority as part of the Energiewende**

<sup>31</sup> DIW Berlin (2014) **European Energy Sector: Large Investments Required for Sustainability and Supply Security**

<sup>32</sup> EFIG (2015) **Energy Efficiency – the first fuel for the EU economy**

<sup>33</sup> Ibid.

<sup>34</sup> Transition Zero (2014) **Energiesprong**

<sup>35</sup> BMWi (2014), **Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz**

<sup>36</sup> Laut der vorgeschlagenen **EFSI-Verordnung** soll die Plattform „in Anlehnung an bestehende Beratungsdienste der EIB und der Kommission [...]beratende Unterstützung bei der Auswahl, Ausarbeitung von Realisierung von Investitionsvorhaben leisten und als umfassende Beratungsplattform für die Projektfinanzierung in der EU (auch in rechtlichen Angelegenheiten) wirken.“ Die Plattform ist die einzige Kontaktstelle für Investoren oder Projektträger, die bei ihren Investitionsvorhaben und deren Finanzierung Beratung wünschen.



E3G

- 
- > **Eine Investitionsplattform für die Sanierung öffentlicher Gebäude:** Diese Plattform würde europaweit Projekte zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude, wie z.B. Schulen, Kindergärten, Universitäten und Krankenhäusern bündeln. Frankreich hat dazu ein EU-weites €120 Mrd.-Programm zur Förderung von Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden vorgeschlagen. Dieses Projekt könnte den Eckpfeiler einer Initiative bilden, die öffentlichen Gebäude Europas zu den energieeffizientesten der Welt zu machen. Auch in Italien und Großbritannien gibt es ähnliche Vorstöße: Großbritannien hat ein €500 Millionen-Programm zur Renovierung öffentlicher Gebäuden konzipiert, und Italien will in diesem Bereich über €5 Mrd. für drei Projekte investieren. In Deutschland würde ein Programm für die energetische Sanierung aller 52 000 Kindertagesstätten Städten und Gemeinden helfen, Energiekosten einzusparen und dabei auch einen Beitrag für die Förderung der Gesundheit von 2,6 Millionen Kindern unter 6 Jahren leisten, die derzeit deutsche Kitas besuchen.<sup>37</sup>
  
  - > **Eine Investitionsplattform für die energetische Gebäudesanierung mit Fokus auf einkommensschwache Haushalte:** Hohe Stromrechnungen und steigende Heizkosten bringen einkommensschwache Haushalte zunehmend unter Druck. Über 50 Millionen Europäer sind nicht in der Lage, ausreichend zu heizen und sich mit Strom zu versorgen.<sup>38</sup> Eine der Hauptursachen der steigenden Energiearmut ist der schlechte Zustand des Gebäudebestands. Eine Investitionsplattform sollte gezielt Projekte zur energetischen Sanierung von Sozialwohnungen bzw. für die Wohnungen einkommensschwacher Haushalte bündeln. Es wurden bereits eine ganze Reihe von Projekten in diesem Bereich vorgeschlagen. Frankreich hat hierzu beispielsweise ein €1.45 Mrd.-Projekt und Italien ein €2.25 Mrd.-Projekt eingereicht. Mitgliedstaaten vor allem in Mittel- und Osteuropa, die stark von russischen Erdgaslieferungen abhängig sind, oder die wie Großbritannien einen höchst renovierungsbedürftigen Gebäudebestand haben, könnten hiervon am meisten profitieren. Laut einer Studie von Cambridge Econometrics würde die energetische Sanierung der Wohnhäuser aller einkommensschwachen Haushalte in Großbritannien (gemäß „Band C“-Standard im britischen Äquivalent zum Energieausweis) bis 2025 nicht nur die grassierende Energiearmut beenden und sich positiv auf die Gesundheit der Bewohner auswirken. Eine solche Initiative würde auch 108 000 Arbeitsplätze pro Jahr (im Zeitraum 2020 bis 2030) schaffen, die Erdgasimporte um ein Drittel reduzieren und bis 2030 jährlich 23,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen.<sup>39</sup> Die Deutsche Energieagentur (DENA) schätzt, dass mindestens €5 Milliarden pro Jahr benötigt werden, um die Ziele der Bundesregierung im Bereich der energetischen Gebäudesanierung zu erreichen.<sup>40</sup> In den Jahren 2012 bis 2014 betrug die Förderung durch die KfW allerdings nur €1,5 Mrd. pro Jahr,<sup>41</sup> was bei weitem nicht ausreicht, um gerade einkommensschwache Haushalte vor steigenden Energiepreisen zu schützen. Die Garantien des EFSI könnten dazu verwendet werden, die derzeitige Förderung durch die KfW zu verdreifachen und gezielt einkommensschwachen Haushalte zu fördern, die mehr als 10% ihres verfügbaren Einkommens auf Heizkosten verwenden.

---

<sup>37</sup> Statistisches Bundesamt (2012) **Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012** and Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015) **Kindertagesbetreuung regional 2014**

<sup>38</sup> European Commission (2015) **A New Deal for Europe's Energy Consumers**

<sup>39</sup> Cambridge Econometrics (2014) **Building the Future: The economic and fiscal impacts of making homes energy efficient**

<sup>40</sup> DENA (2012) Energetische Sanierung führt nicht zu höheren Mieten <http://www.dena.de/presse-medien/pressemitteilungen/energetische-sanierung-fuehrt-nicht-zu-hoeheren-mieten.html>

<sup>41</sup> M. Kopatz, Wuppertal Institut (2013) **Energiewende aber fair! Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt**

---

---

## North Seas Offshore Grid

Investitionsplattformen unter der Mitwirkung mehrerer Mitgliedstaaten wären auch beim Ausbau der Infrastruktur für Offshore Windparks in der Nordseeregion äußerst lohnenswert. Die betrifft sowohl die Infrastruktur für die Stromerzeugung als auch die entsprechenden Stromleitungen. Regionale Zusammenarbeit ist hier dringend notwendig, um das gesamte Potential von Offshore Windparks kostengünstig auszuschöpfen und die Strommärkte der 10 Nordseeanrainerstaaten<sup>42</sup> kosteneffizient zu integrieren. Schätzungen zufolge wären die Investitionskosten unter Fortführung des derzeitigen nationalen Ansatzes zwischen €25 Mrd. und €75 Mrd. teurer als bei einem gemeinsamen regionalen Vorgehen.<sup>43</sup>

Offshore Wind spielt eine Schlüsselrolle für die vollständige Dekarbonisierung des europäischen Stromsektors bis zur Mitte des Jahrhunderts<sup>44</sup> und stellt darüber hinaus weitere Vorteile in Aussicht: 300 000 neue hochqualifizierte Arbeitsplätze würden bis 2030 geschaffen werden – insbesondere in Häfen und Küstenstädten, die vom Niedergang der europäischen Werften und anderer traditioneller Schwerindustrie betroffen waren; 8 bis 19 GW neuer Onshore Kapazität könnten bei einem regionalen Vorgehen eingespart werden; und 315 Mio Tonnen CO<sub>2</sub> Emissionen könnten bis 2030 vermieden werden.<sup>45</sup> Eine regionale Integration durch gezielte strategische Netzplanung würde auch den Bedarf an Übertragungsinfrastruktur und teurer Trafostationen reduzieren, die insbesondere in sensiblen Küstengebieten notwendig sind. Deutschland würde von dieser Initiative am meisten profitieren und u.a. 39 bis 56 Stromkorridore zum Festland einsparen.

- > Durch die Schaffung einer **Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle) für das Nordseenetz** könnte die Mobilisierung privaten Kapitals auf regionaler Ebene maximiert werden. Über €100 Milliarden sollen bis zum Jahr 2030 in Offshore Infrastruktur investiert werden, und zwar unter der Annahme, dass die anfänglichen Investitionskosten in einem bis drei Jahren zurückgezahlt werden können.<sup>46</sup> Die Mitgliedstaaten und die EU Kommission haben bereits jetzt 56 Offshore Windpark-, 30 Offshore Netz- und 3 Speicher-Projekte mit einem Gesamtwert von mindestens €90 Milliarden vorgeschlagen, wobei €30 Milliarden zwischen 2015 und 2017 einsatzfähig wären.<sup>47</sup> Bisher hält der die mangelnde Koordinierung bei der Infrastrukturentwicklung Investoren davon ab, in der Region zu investieren.
- > Um die regionale Planung für Offshore Windparks und die Netzentwicklung zu koordinieren und dabei die Investitionskosten massiv zu senken, sollte **eine Gemeinsame Ministerplattform (Joint Ministerial Platform) für die Ausarbeitung einer klaren und verbindlichen Nordsee-Entwicklungsstrategie** geschaffen werden. Diese könnte die Form einer neuen regionalen Institution annehmen oder eine Weiterentwicklung der

---

<sup>42</sup> Dies sind Deutschland, Dänemark, Schweden, Großbritannien, Irland, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Norwegen.

<sup>43</sup> E3G (2014), **Securing Options Through Strategic Development of North Seas Grid Infrastructure**

<sup>44</sup> European Commission (2011) **Energy Roadmap 2050**

<sup>45</sup> Siehe: Norstec (2013), **Capturing the long term opportunity in Europe's Northern Seas**;

European Commission (2014), **Study of the benefits of a meshed offshore grid in Northern Seas region**

<sup>46</sup> Tractable Engineering, GDF Suez, Ecofys und PwC (2014) **Study of the benefits of a meshed offshore grid in the Northern Seas Region**.

<sup>47</sup> E3G Analyse

---

bestehenden *North Seas' Countries Offshore Grid Initiative* mit erweitertem Mandat bedeuten.

- > Diese Strategie sollte **Zielvorgaben für die Entwicklung der Nordseeressourcen mit dem Rahmenwerk für die 2030 Klima- und Energieziele der EU und der entsprechenden Governance Mechanismen verknüpfen**. Auch ist ein Prozess für die Angleichung von Regulierungen und anderen gesetzlichen Vorgaben notwendig. Zum Beispiel müssen gemeinsame Ansätze für den Zugang zu Förderinstrumenten im Bereich der Erneuerbaren und Mechanismen für die Kostenteilung entwickelt werden.<sup>48</sup>

## Städtische Netzwerke und intelligente Städte (*smart cities*)

Städte sind Europas gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Zentren. 78% aller Europäer leben in urbanen Räumen, und fast 85% des europäischen BIP wird in Städten generiert. Daher hängt die Wettbewerbsfähigkeit der EU auch von der Produktivität und Innovationsfreude in Städten ab, denn sie sind durch die Konzentration von Ressourcen in der Lage, Wohlstand und Wachstum auf nachhaltige Weise zu generieren.<sup>49</sup> Eine Investitionsplattform für städtische Netzwerke und Smart Cities würde dabei helfen, eine Pipeline intelligenter und innovativer Projekte auf städtischer Ebene zu entwickeln und ihre Sichtbarkeit zu fördern.

Eine ganze Reihe von Projekten ist bereits vorgeschlagen worden. Italien hat beispielsweise ein €8.4 Mrd. Projekt eingereicht, um folgende Ziele zu verwirklichen:

- > die Einführung städtischer Smart Grids, um Erneuerbare ins Stromsystem zu integrieren, Demand Side Management zu fördern und für die Verbreitung von Elektrofahrzeugen zu werben;
- > die Verbreitung von Smart Home Technologien;
- > die Modernisierung der Straßenbeleuchtung durch energiesparende Technologien;
- > die Förderung von Fernwärme aus erneuerbaren Energiequellen.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der EFSI ist eine einmalige Gelegenheit, die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen Europas durch die Mobilisierung neuer Investitionen anzugehen. Er ist eine echte Chance, neue Quellen von Investitionskapital in eine Europäische Energiewende zu lenken, die fossile Energieträger sukzessive aus dem Stromsektor und der Wirtschaft als ganzer entfernt. Der EFSI kann daher sowohl kurz- wie langfristig Mehrwert für die europäische Wirtschaft schaffen.

Vieles wird jedoch davon abhängen, wie der EFSI im Detail ausgestaltet sind, einschließlich der Auswahlkriterien für die Evaluierung und Priorisierung von Projekten und der Investitionsplattformen für die Aggregation von Projektvorschlägen. Werden die falschen Kriterien angewandt oder suboptimale Evaluierungen durchgeführt, wird möglicherweise die

---

<sup>48</sup> Für Details s. E3G (2014), **Securing Options Through Strategic Development of North Seas Grid Infrastructure**

<sup>49</sup> E3G (2015) **Underfunded, Underprepared, Underwater? Cities at Risk.**





E3G

---

Chance verpasst, die verschiedenen Ziele der EU – Investitionen, um die Wirtschaft zu stimulieren einerseits und eine nachhaltige Energie- und Klimaunion andererseits – zu integrieren. Auch besteht das Risiko, dass Steuergelder in emissionsintensive und kohlenstoffreiche Projekte fließen, die mit der Erreichung der europäischen Klimaziele erheblich an Wert verlieren bzw. zu *stranded assets* werden würden. Möglicherweise würden bestimmte Projekte eine europäische Energiewende sogar unterminieren.

Um dies zu verhindern, ist eine bewusste Fokussierung auf Projekte notwendig, die langfristigen gesellschaftlichen Mehrwert generieren und somit einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen. Diese Kurzstudie bietet eine Übersicht zu den wichtigsten Entscheidungen, die im Rahmen der Einrichtung des EFSI getroffen werden müssen, einschließlich expliziter Auswahlkriterien, die die Förderung unnachhaltiger Projekte ausschließen; die Projekt priorisieren, die mit den EU Klima- und Energiezielen und anderen EU-Maßnahmen am besten vereinbar sind; und die sich verändernde Nachfragemuster, insbesondere im Energiebereich, miteinbeziehen.

Klar ist, dass ein proaktiver Ansatz notwendig ist, um Projektpipelines und Investitionsplattformen für besonders wertvolle Investitionen zu entwickeln. Dazu gehören beispielsweise die energetische Gebäudesanierung, Strominfrastruktur für Offshore Wind in der Nordseeregion und die Entwicklung von Smart Cities, die innovative nachfrageseitige Lösungen im Energiesektor ermöglichen.



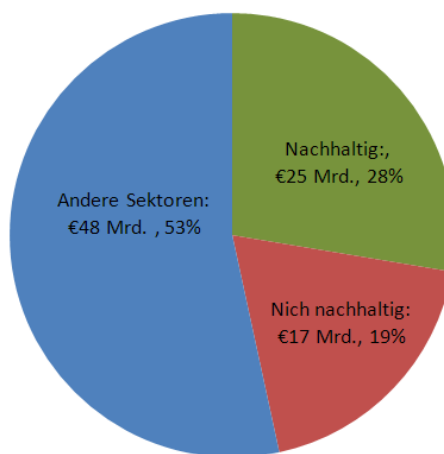
E3G

# ANNEX

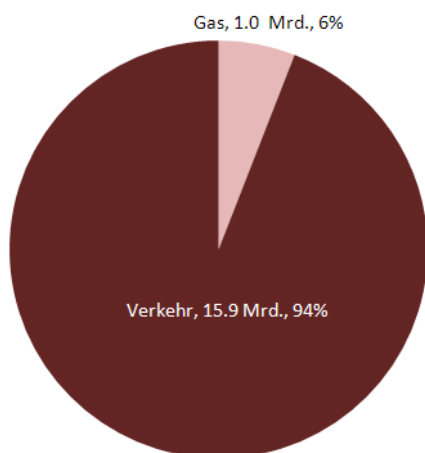
## EFSI-Projektvorschläge Deutschlands

	Gesamtinvestitionen	Gesamtinvestitionen 2015-2017	Anteil an Gesamtinvestitionen	Anteil an Gesamtinvestitionen 2015-2017
	Mrd EUR	Mrd EUR		
Energieeffizienz	-	-	0%	0%
Nachfragemanagement/Smart Cities	-	-	0%	0%
Erneubare Energien	9.1	3.3	10%	12%
Stromnetze	5.2	-	6%	0%
Kohlenstoffarmer Transport	3.8	2.4	4%	9%
Klima- und Umweltresiliente Infrastrukturen	6.5	1.3	7%	5%
CO2-Abscheidung und -Speicherung (CCS)	-	-	0%	0%
Kernenergie	-	-	0%	0%
Gas	1.0	0.6	1%	2%
Kohle	-	-	0%	0%
Schieferöl und -gas	-	-	0%	0%
Gas- und Ölnetze	-	-	0%	0%
Kohlenstoffreicher Transport	15.9	3.2	18%	12%
Soziale Infrastrukturen	13.1	5.7	15%	21%
Digital	24.2	3.0	27%	11%
Forschung&Entwicklung&Innovation	10.2	7.1	11%	27%
Sonstige	0.0	-	0%	0%
<b>Gesamt</b>	<b>189bn</b>	<b>127bn</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
Kohlenstoffarme Projekten	125bn	17bn	28%	26%
Kernenergie	10bn	10bn	0%	0%
Kohlenstoffreiche Projekten	17bn	14bn	19%	14%
Sonstige	148bn	116bn	53%	59%

Gesamtinvestitionen DE (Mrd EUR)



Nich nachhaltige Investitionen (Mrd EUR)



Nachhaltige Investitionen (Mrd EUR)

